

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 6. Mai 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 1093 Postulat Muff Sara und Mit. über die zweite Entlastungsstunde für Klassenlehrpersonen von Heilpädagogischen Institutionen / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Gerda Jung beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Sara Muff: «Gerechtigkeit besteht darin, dass niemand aufgrund von äusseren Umständen oder zufälligen Eigenschaften bevorzugt oder benachteiligt wird.» Dieses Zitat von John Rawls passt eigentlich gut zum vorliegenden Postulat, denn dieses verlangt, dass die zweite Entlastungslektion analog zur Regelschule auch für Lehrpersonen an heilpädagogischen Institutionen (HPI) eingeführt wird. Es ist mir wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, das eine gegen das andere auszuspielen. Beides ist wichtig, damit in jedem Fall die beste Lösung für das Kind gefunden werden kann. Im Bericht «Berufsauftrag für Lehrpersonen» der Dienststelle Volksschulbildung finden sich 16 Aufgaben der Klassenlehrpersonen (KLP). Davon fallen 14 Aufgaben in den HPI wie auch in der Regelschule an. Gewisse Aufgaben fallen je nach Setting mehr oder weniger ins Gewicht. Gerade an den HPI kann man die KLP auch als Teamleitung sehen, zum einen im Klassenzimmer mit den Schülerinnen und Schülern und den Assistenzen sowie den Praktikantinnen und Praktikanten, da der Unterricht in Klassenteams umgesetzt wird, zum anderen haben sie auch einen sehr intensiven Austausch mit den Eltern, bei manchen Lernenden sogar täglich, aber auch mit allen involvierten Diensten wie dem schulpsychologischen Dienst und dem heilpädagogischen Früherziehungsdienst, und sie stellen die Lehrpläne individuell auf die Schülerinnen und Schüler abgestimmt zusammen. Pro Klasse gibt es oft vier bis sieben verschiedene Lernprogramme. Nicht zuletzt werden immer mehr Kinder mit komplexen Mehrfachbehinderungen an den HPI beschult. Interdisziplinarität in allen Bereichen ist für eine erfolgreiche Förderung unabdingbar. Dies konnte ich auch bei meinem Besuch an der Heilpädagogischen Schule Sursee beobachten. Ich war sehr beeindruckt, was dort geleistet wird. Komplexe Beeinträchtigungen erfordern mehr Therapien. Dies intensiviert die Zusammenarbeit, und zwar die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, das heisst der gesamte Bildungs- und Förderprozess nimmt mehr Zeit in Anspruch, inklusive die Elternarbeit. Die Familien benötigen neben der Schulsozialarbeit eine niederschwellige Beratung durch die KLP. Dabei kann es um Themen wie Integration, Förderprozess, Freizeitgestaltung und vieles mehr gehen. Gerade der Übergang in die Adoleszenz erfordert eine umfassende Unterstützung der Familien. Der Berufswahlprozess ist dabei nur eines von vielen Themen.

Die intensivere Elternarbeit, die systemische Zusammenarbeit und die komplexe, vielschichtige Lernprogrammgestaltung gleichen die geringere Anzahl von Schülerinnen und Schülern gegenüber der Regelschule aus. Die zweite Entlastungslektion wird an den HPI benötigt, und es handelt sich dabei um eine unbürokratische Massnahme, um den Lehrpersonen für die eben genannte Herausforderung mehr Zeit zu geben. Dies hilft am Ende allen und wirkt nicht zuletzt auch gegen den Fachkräftemangel. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Gerda Jung: Das Postulat ist berechtigt. Der Aufwand, um alle Situationen und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in den HPI aufzufangen und fachgerecht damit umzugehen, ist zeitintensiv und fordert eine hohe Professionalität. Das wird in der Stellungnahme des Regierungsrates auch gut umschrieben. Gerade vor ein paar Tagen wurde mir anhand eines Erlebnisses aus dem Schulalltag einer HPI geschildert, was es heisst, den verschiedenen Anforderungen gerecht zu werden. Die komplexeren Verhaltensweisen und sozio-emotionalen Entwicklungen sowie mehrfachen Beeinträchtigungen der Kinder sind massiv gestiegen. Eltern brauchen in vieler Hinsicht Unterstützung, um den Alltag mit den Kindern zu leisten. Doch stimmen die Kostenangaben in der Stellungnahme des Regierungsrates? So werden die Kosten mit einer Regelschule verglichen. Ebenso wurde mit einem Lohnansatz einer Einreihung von Lehrpersonen der höchsten Stufe im Sonderschulbereich der Sekundarstufe gerechnet. Der Schnitt liegt bei den Lehrpersonen jedoch bei 40 Jahren. Für die Mitte-Fraktion ist es klar, dass mehr Unterstützung zur Entlastung der KLP nötig ist. Da wir das Postulat aus Kostengründen nicht erheblich erklären können, beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung.

Stephan Dahinden: Im Postulat wird gefordert, dass Klassenlehrpersonen an heilpädagogischen Schulen (HPS) und Zentren (HPZ) ebenfalls zwei Entlastungslektionen erhalten sollen, wie das bei Klassenlehrpersonen an Regelschulen der Fall ist. Eine Gleichbehandlung ist dann gerechtfertigt, wenn der Aufwand von Klassenlehrpersonen an Regelschulen mit jenem von Klassenlehrpersonen an HPS und HPZ vergleichbar ist. An HPS mit Klassengrössen von vier bis sechs Kindern ist es nicht gerechtfertigt, die geforderten Mehrlektionen in Anspruch zu nehmen. Zudem ist diese Forderung im Sonderschulbudget nicht budgetiert und müsste durch den sehr stark steigenden Sonderschulpool finanziert werden, der je hälftig von Kanton und Gemeinden getragen wird. Aus den genannten Gründen ist das Postulat wie von der Regierung gefordert abzulehnen.

Thomas Kummer: Die Regierung führt in ihrer Stellungnahme im dritten Abschnitt sehr gut aus, weshalb für die KLP in HPS der Bedarf an einer zweiten Entlastungsstunde gerechtfertigt ist. Die Schülerinnen und Schüler einer HPS haben meistens Bedarf an zusätzlichen Betreuungsangeboten und Therapien und zum Teil auch an Pflege. Damit sind bei der Begleitung dieser Kinder und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen viel mehr Personen involviert. Um den Zeitaufwand für die komplexe Familien- und Helfernetzarbeit aufbringen zu können, ist die zweite Entlastungsstunde für die KLP an HPS dringend nötig. Leider hat die Regierung aus Kostengründen die falschen Schlüsse gezogen, und das in einem Kanton, der über stabile und sichere finanzielle Mittel verfügt. Deshalb versteht die Grüne Fraktion die Haltung der Regierung nicht. Wie die Postulantin richtig schreibt, ist eine zusätzliche Unterstützung der KLP an HPS eine weitere und wirksame Massnahme gegen den Fachkräftemangel in dieser Branche. Mit dieser Massnahme können wir diesen schönen Beruf attraktiver machen. Die Grüne Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Roger Erni: Es ist eine weitere gute Idee, vor allem in Zeiten des Fachkräftemangels und als Zeichen der Wertschätzung der nicht nur heilpädagogischen Lehrkräfte. Der Kanton nimmt sich dieser beiden Thematiken ganzheitlich an und legt uns in Kürze den Bericht über die

«Attraktivierung Lehrberuf – Massnahmen gegen den Fachkräftemangel an den Luzerner Schulen» vor. Die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK), also ich als Mitglied, hatte bereits einen ersten Einblick in den Bericht und gesehen, was er in verschiedenen Bereichen bewirken und kosten wird. Die gesamte FDP-Fraktion lehnt diese Einzelidee beziehungsweise das Postulat klar ab.

Angelina Spörri: Mit der Einführung der integrativen Sonderschulung und dem daraus folgenden Anstieg der Koordinationsaufwände ist die Arbeitsbelastung von KLP in den Regelklassen stark angestiegen. Die Koordination und die Absprachen mit diversen IF-/IS-Lehrpersonen und Klassenassistenzen sowie mit der Logopädie und den Eltern usw. binden viel Zeit und Ressourcen. Das wurde erkannt, und den KLP an Regelschulen wurde eine zweite Entlastungsstunde gewährt. Den HPI hat man damals die zweite Entlastungslektion nicht gewährt. Zwar haben sie den gleichen Berufsauftrag, die Voraussetzungen sind aber nicht gleich. Mit der Einführung der integrativen Sonderschule hat es aber eine Verschiebung gegeben, und in den HPI finden sich mehr Kinder und Jugendliche mit komplexen und mehrfachen Beeinträchtigungen. Es versteht sich von selbst, dass die Koordinationsaufgaben sehr intensiv sind, und das trotz viel kleineren Klassengrössen. Aus Sicht der GLP-Fraktion macht es Sinn, auch den KLP an HSI eine weitere Entlastungsstunde zu gewähren. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung grossmehrheitlich zu.

Sara Muff: Zum Votum von Roger Erni: Es geht nicht nur um den Fachkräftemangel. Es geht um alle Kinder, Familien und Betroffenen. Dieser Kreis ist sehr gross. Wir könnten aber mit einer unbürokratischen Massnahme Abhilfe schaffen. Wir haben jetzt die Chance, ein klares Signal zur Chancengerechtigkeit auszusenden. Deshalb bitte ich Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich muss Sie klar bitten, diesen Vorstoss abzulehnen, weil er einen Vergleich macht, der schlicht und einfach nicht haltbar ist. Wir sind uns einig, dass es mehr Ressourcen braucht, da es um komplexere Fälle geht. Dafür stellt aber das System im Allgemeinen auch mehr Ressourcen zur Verfügung. Natürlich nicht für die Aufgabe der KLP. Aber selbst dort haben die KLP doppelt so viel Zeit pro Kind zur Verfügung wie in der Regelklasse. Wir berücksichtigen das schon. Deshalb ist dieser Vergleich nicht zulässig. Wenn die Rahmenbedingungen an den HPS nicht stimmen, dann müssen wir sie dort korrigieren. Wir dürfen die Aufgabe der KLP nicht mit allen übrigen Aufgaben der Lehrpersonen vermischen, das wäre in dieser Form nicht gerechtfertigt. Stefan Dahinden hat es richtig gesagt: Die Sonderschulkosten explodieren und sind komplett ausser Kontrolle. Wenn Sie die Zahlen des letzten Jahres sehen, werden Sie grosse Augen machen. Wir haben grosse Mengen- und Preiseffekte, die zu einem enormen Wachstum führen. Wir haben eine Informationsveranstaltung mit den Gemeinden durchgeführt, die 50 Prozent dieser Kosten tragen. Der Auftrag war klar: Wir müssen genauer hinschauen und die Lage in den Griff bekommen. Wir haben verschiedene Massnahmen geplant. Eine davon ist auch die Schulinsel, mit der das ganze System etwas entspannt und die Rahmenbedingungen vereinfacht werden sollen, damit wir auch bei der Integration gut funktionieren. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen zur Verbesserung richtig einsetzen, und zwar dort, wo es am dringendsten ist. Priorisierungen sind unumgänglich. Was die finanzpolitische Situation betrifft, so hat Ihr Rat uns einen klaren Auftrag erteilt. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Natürlich beobachten wir die Rahmenbedingungen an den HPS sehr genau. Seit meinem Amtsantritt vor zehn Monaten durfte ich die HPS und HPZ in Schüpfheim, Hohenrain und Sursee besuchen. Das System funktioniert, aber wir müssen genau hinschauen. Ich weiss

nicht, wie ich den Antrag von Gerda Jung auf teilweise Erheblicherklärung interpretieren soll. Ich würde es folgendermassen zusammenfassen: Es wäre nötig, darf aber nichts kosten. Das gibt es leider nicht. Das Postulat ist abzulehnen, da diese Massnahme nicht gerechtfertigt ist.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 67 zu 32 Stimmen vor. Die definitive Abstimmung fällt mit 50 zu 50 Stimmen unentschieden aus. Bei Stimmengleichheit wird die Abstimmung gemäss Kantonsratsgesetz wiederholt. In der wiederholten definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 54 zu 46 Stimmen teilweise erheblich.